Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 42 (1948)

Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : und wieder Kriegsstimmung! ; Das Problem ; Krieg - keine Lösung ; Eine alte Antwort auf eine neue Frage ; Wollen wir lernen? ; Verantwortungen

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139130

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

China. (Burmastraße im zweiten Weltkrieg!) Malaya liegt am Eingang zum Pazifik. Für diese strategischen Probleme gibt es nur eine Lösung — ein Weltsicherheitssystem.

Welche Rolle spielt wohl Rußland? Bevin behauptet, es bestehe ein genauer Kominformplan für Südostasien, während der «New Statesman» (26. Juni) keine Beweise dafür sieht, obwohl er zugibt, daß die kommunistische Propaganda es leicht hat, aus den alten Fehlern der westlichen Imperialismen Kapital zu schlagen. «Rußland versteht es, in seinen Radiosendungen den Kolonialvölkern Hoffnung und Glauben zu geben, während der Westen, der noch immer an Ort und Stelle durch seine Geschäftsleute vertreten wird, allzuoft nur in Dollars zu denken und weitere Beherrschung zu planen scheint.»

Es ist bedrückend, feststellen zu müssen, daß ein Labourblatt wie die «Tribune», die im Juni einen objektiven Bericht der Schwierigkeiten in Südostasien zu geben sich bemühte, im September andeutet, daß die Politik des «My country, right or wrong» doch etwas für sich haben könnte, vor allem, wenn das Land schlimme Zeiten durchmacht. Es ist aber nicht eine Frage von «My country, right or wrong», «My continent, right or wrong», sondern es handelt sich darum, wie Evatt hervorhob, den Völkern Südostasiens zu helfen, die in der Verteilung der Güter der Erde bis jetzt so schlecht wegkamen, daß ihre Kindersterblichkeit 150 bis 250 pro Tausend beträgt, während das benachbarte Australien nur eine solche von 40 pro Tausend kennt.

Wie sehr diese Völker benachteiligt sind, geht unter anderem daraus hervor, daß an der Versammlung der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten kein anderer Asiate außer dem Vertreter Chinas anwesend war.

Wir haben die Wahl, den Völkern Asiens zu helfen oder sie mit Gewalt darniederzuhalten, wenn sie versuchen, sich einige der Rechte zu sichern, die wir für uns Europäer als unabdingbar betrachten. Der Christ kann nicht im Zweifel sein, welche Stellung er einzunehmen hat. Die Hebung des Lebensstandards der rückständigen, benachteiligten Völker ist heute die vornehmste Aufgabe der Weißen.

Millicent Furrer-Proud.

Weltrundschau

Und wieder Kriegsstimmung! Was wir bereits in einem Nachsatz zur Septemberrundschau feststellten, daß sich nämlich die Aussicht auf einen befriedigenden Ausgang der in Moskau und Berlin geführten *Verhandlungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion* neuerdings verdüstere, hat sich in der Berichtszeit nur allzu sehr bestätigt. Diese Verhand-

lungen sind in der Tat regelrecht *gescheitert*. Der «kalte Krieg» geht womöglich noch mit größerer Verbissenheit und Gehässigkeit fort, insbesondere auf der in Paris aufgeschlagenen Bühne der Vereinigten (!) Nationen, vor deren Sicherheitsrat die Alliierten den Fall Berlin weitergezogen haben — mit unverhohlener Propagandaabsicht, aber auch mit dem bewußt eingegangenen Risiko, daß die Russen darob die UNO verlassen könnten, ja vielleicht mit dem heimlichen Wunsche, daß dies geschehen möge [1]. Und während im Palais Chaillot, neben wilden gegenseitigen Anklagen der beiden Lager, noch akademische Reden über Frieden und Abrüstung gehalten werden, bereiten zuhause die Regierungen ihre Völker mehr oder weniger schonend auf den «nächsten Krieg» vor und betreiben die *Rüstungen* daraufhin offener und planmäßiger als jemals zuvor.

Gerade jetzt wird in Amerika die Übersetzung eines Buches des stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Wosnesenskij veröffentlicht, der darin einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion als fast unvermeidlich und nur noch durch eine völlige Umkehr der amerikanischen Politik abwendbar erklären soll. Anderseits gibt Bevin im Unterhaus die «tröstliche» Versicherung ab, die britische Regierung habe sich «noch nicht» auf den Krieg festgelegt, während gleichzeitig dieselbe Regierung in beschleunigtem Tempo offenbare Kriegsvorbereitungen trifft und Flottenmanöver — vor allem in den westindischen Gewässern — und Flottenzusammenzüge — so in Gibraltar — anordnet, die als die größten und wichtigsten seit Kriegsende bezeichnet werden. In den Vereinigten Staaten aber hat eine vertrauliche Erforschung der öffentlichen Meinung durch das Außenministerium ergeben, daß 82 Prozent der amerikanischen Bevölkerung «eher bereit sind, die Schrecken eines neuen Krieges (für die *europäischen* Völker! H. K.) in Kauf zu nehmen, als weiteren sowjetischen Einschüchterungsversuchen nachzugeben». Daß diese moralische Kriegsbereitschaft für die Regierung ein Ansporn ist, auch die materielle Kriegsbereitschaft zu verstärken, versteht sich von selbst [2], obschon man eigentlich meinen sollte, das Ausmaß der amerikanischen Kriegsrüstungen, über die immer wieder phantastisch anmutende Einzelheiten berichtet werden (neuerdings zum Beispiel die Konstruktion eines Raketenflugzeuges, das die Schallgeschwindigkeit «um Hunderte von Meilen» hinter sich lasse), sei kaum mehr höher zu steigern. Aber man weiß es ja: erst Riesenpropaganda gegen Rußland und den Kommu-

---

[1] Das unter amerikanischer Lizenz in München erscheinende «Echo der Woche» spricht sicher nur aus, was viele denken, wenn es meint: «Die erste Schlacht für den Frieden ist an dem Tage verloren worden, wo man die Sowjetunion in die Familie der Vereinigten Nationen aufnahm, während man der jungen deutschen Demokratie (!) einen Platz verweigerte . . .»

[2] «Die eindrücklichsten kombinierten Manöver aller amerikanischen Streitkräfte seit Ende des zweiten Weltkrieges haben am Sonntag auf dem nordamerikanischen Kontinent begonnen», meldet die United Preß unter dem 4. Oktober aus Florida.

nismus, dann Riesenrüstungen, unter deren Einfluß die Kriegsbereitschaft im Volke weiter zunimmt, um dann ihrerseits wieder zu vermehrten Rüstungen zu führen — das ist der unselige Kreislauf in der westlichen Welt, über dessen Todesautomatik sich niemand mehr einer Täuschung hingeben kann.

Inzwischen ist in Paris grundsätzlich die Schaffung einer *«atlantischen Verteidigungsorganisation»* beschlossen worden, der neben den fünf Ländern der Brüsseler Allianz auch die Vereinigten Staaten und Kanada angehören sollen, und zu deren oberstem Leiter der bisherige Chef des britischen Reichsgeneralstabs, Marschall Montgomery, ernannt worden ist, während der Oberbefehl über die Landarmeen der westeuropäischen Mächte dem französischen General Delattre (übrigens einem ausgepichten Reaktionär!) übertragen wurde — eine demonstrative Warnung an die Russen, daß die Alliierten auch in Westeuropa für alle Fälle vorzusorgen im Begriffe stünden. Auch die jüngste Konferenz über das Schicksal der ehemaligen *italienischen Kolonien* stand durchaus im Schatten eines möglichen neuen Krieges. Diese Kolonien sind ja seit drei Jahren fest in der Hand der Engländer (und Amerikaner), die nach dem Ausfall Ägyptens und Palästinas den Schwerpunkt ihrer militärischen Stellung im Mittelmeer- und Orientraum nach Tripolis und der Cyrenaika verlegt haben und im Hinblick auf künftige Konfliktsmöglichkeiten nicht daran denken, diese Gebiete den Italienern zurückzugeben. Nur Italienisch-Somaliland, das strategisch wertlos ist, sind sie bereit, mit der Zeit einmal zu räumen.

Zwei weitere mögliche Kriegsschauplätze haben in den vergangenen Wochen allerdings ihre Gefährlichkeit großenteils oder ganz verloren. Einerseits ist es wenig wahrscheinlich, daß sich *Israel* dem neuen, von dem Grafen Bernadotte noch kurz vor seiner Ermordung entworfenen Friedensplan mit Gewalt widersetzen wird, obwohl der ihnen zugemutete Verzicht auf Jerusalem und den Negev, das große, jetzt versteppte Siedlungsgebiet im Süden Palästinas, von den Juden schmerzlich genug empfunden werden wird [1]. Anderseits ist der Krieg *Indiens* gegen Haidarabad, den wir, auf unsere Verhältnisse übertragen, eher eine «eidgenössische bewaffnete Intervention» nennen würden, schon am fünften Tag mit der Kapitulation der feudal-faschistischen Regierung von Haidarabad zu Ende gegangen, ohne daß es zu einem neuen Ausbruch der Feindseligkeit zwischen Hindus und Mohammedanern oder gar zu einem Kriege Pakistans gegen Indien gekommen wäre. Aber über dem

[1] Bei allem Abscheu vor dem Mord an dem Vermittler der Vereinigten Nationen soll man aus dem Grafen Bernadotte doch auch keinen Heiligen machen wollen. Dieser Diplomat, der durch seine Heirat mit einer Tochter des amerikanischen Asbestkönigs Manville eng mit dem Weltkapitalismus verbunden war, spielte seit Jahren, trotz seiner Rotkreuztätigkeit, eine mindestens undurchsichtige internationale Rolle. Auch sein erster Friedensplan war völlig auf die damaligen amerikanisch-britischen Orientinteressen abgestimmt und begünstigte die Araber so offenkundig, daß man sich über die Empörung, die er bei den Juden hervorrief, nicht zu wundern braucht.

«christlichen» Westen hängt eben dennoch weiterhin die Kriegsdrohung als schwere Wetterwolke, die Völker vor eine Aufgabe stellend, die sie nur unter Aufbietung der mächtigsten Kräfte, welche in die irdische Welt hereinwirken, bewältigen zu können hoffen dürfen.

Das Problem An sich steht freilich die geistige und materielle Kampfbereitschaft, in die sich die Westalliierten und die Russen gegenseitig hineingesteigert haben, in gar keinem Verhältnis zu der Bedeutung des Kampf*gegenstandes*, um den es nun seit Wochen und Monaten anscheinend geht. Soviel Wert auch die Russen auf die Eingliederung *Westberlins* in ihre Besetzungszone legen mögen, und soviele Gründe die Alliierten anführen, um ihren Widerstand gegen diese Absicht zu rechtfertigen — einen *Krieg* lohnt der Besitz von Westberlin weder für die eine noch für die andere Seite. Und so kurzsichtig-defaitistisch seinerzeit Marcel Déats berüchtigte Frage «Mourir pour Dantzig?» war, soviel Grund haben heute alle beteiligten Völker — und welches Volk wäre an dem Konflikt nicht beteiligt? —, sich in vollem Ernste zu fragen, ob sie bereit sein müßten, für *Berlin* zu sterben. Aber eben: es geht ja für die beiden sich waffenstarrend gegenüberstehenden Lager längst nicht mehr um Berlin allein. Auf beiden Seiten ist das «Prestige», die «Ehre», die «Selbstachtung» in einem solchen Maße engagiert, daß die Frage von Berlin weit über ihre sachliche Bedeutung hinausgewachsen ist und Vernunft- oder Zweckmäßigkeitserwägungen dabei bald überhaupt keine Rolle mehr spielen. Berlin ist zu einem *Symbol* geworden: in den Augen der Westmächte für das hemmungslose Ausdehnungs- und Herrschaftsstreben der Sowjetunion und des Weltkommunismus, dem es um jeden Preis Halt zu gebieten gelte, in den Augen der Russen für den Machtwillen des westlichen Kapitalismus und Imperialismus, der mit Hilfe eines wieder aufgerichteten Deutschlands den endgültigen Vernichtungsschlag gegen die Sowjetunion vorbereite.

Was ist zu dieser Lage von unserer Seite her zu sagen?

Wir sagen zum ersten und wiederholen damit schon früher Ausgesprochenes: Rußland tut *Unrecht*, indem es vertragswidrig den Verkehr zwischen Westberlin und der Außenwelt sperrt. Und es muß darum dieses Unrecht wenn nicht förmlich anerkennen, so doch nach Möglichkeit wieder gutmachen als Voraussetzung für alle sachlichen Verhandlungen über das Regime, dem Berlin in Zukunft unterstellt werden soll. Rußland scheint sich aber, wenigstens nach der Darstellung der Westmächte, auch dadurch ins Unrecht gesetzt zu haben, daß es in Moskau der Aufhebung der Verkehrssperre sowie gleichzeitig einer Kontrolle der russischen Banknotenausgabe für Berlin durch die Westalliierten zustimmte, bei den darauf folgenden Verhandlungen in Berlin aber doch ein russisches Recht zur Überwachung des Luftverkehrs

verlangte und die alliierte Kontrolle über die russische Notenausgabe wieder ablehnte. Aber die Sowjetunion will eben überhaupt kein Abkommen unterzeichnen, das irgendwie eine Beschränkung der russischen Oberhoheit über Berlin oder gar ein eigentliches Mitspracherecht der Westmächte bei der Verwaltung der russischen Zonenhauptstadt festlegte.

Und mit dieser Absicht hat sie — das ist unsere zweite, ebenfalls schon früher gemachte Feststellung — *grundsätzlich recht*, so verkehrt auch der Weg ist, den sie zu ihrem Ziel einschlägt, und so unnötig es erscheint, das Ziel gleich auf einmal zu erreichen. Deutschland *ist* nun einmal zweigeteilt; die Westmächte haben daraus die Folgerung gezogen, daß die westlichen Zonen Deutschlands als eigener Staat konstituiert werden müßten, in dem die Russen nichts zu sagen hätten. Und sie haben darum kein *inneres* Recht mehr, im Herzen der russischen Zone, 200 Kilometer von der Grenze Westdeutschlands entfernt, ihrerseits einen Stützpunkt zu unterhalten, der ihnen strategisch zwar — wie Tripolis oder Südkorea — einmal sehr wertvoll sein kann, der aber von den Russen als schmerzender Pfahl im Fleisch empfunden werden muß. Daß die Alliierten gleichzeitig die Westberliner vor der Unterwerfung unter das kommunistische Regime bewahren wollen, macht ihre Sache in *diesem* Punkt sympathisch, ist aber neben den machtpolitisch-militärischen Beweggründen ihrer Haltung sicher nur ein Nebenmotiv, wenn nicht ein bloßer Propagandaschlager.

Anderseits vertreten auch die Russen, wie zum dritten bemerkt werden muß, eine rechte Sache, wenn sie gegen die Wiederherstellung eines reaktionär-kapitalistischen Westdeutschland und dessen Eingliederung in ein amerikanisch beherrschtes Westeuropa kämpfen und Westberlin nicht zum Brückenkopf eines gegen die Sowjetunion gerichteten kontinentalen Bollwerkes werden lassen wollen. Daß ein solches Westdeutschland und ein solches Westeuropa, mit der Ruhr als Zentrum und der Marshall-Plan-Hilfe als wichtiger Stütze, tatsächlich auf dem Weg ist, kann in guten Treuen nicht wohl bestritten werden. Auch die naiv tuende Rhetorik eines Spaak, der vor der UNO-Versammlung pathetisch fragte, ob Wyschinski ehrlich glaube, daß Belgien, Luxemburg oder Holland die Absicht hätten, sich an einem Angriffskrieg gegen die Sowjetunion zu beteiligen, ist nicht imstande, die Tatsache zu verwischen, daß die Politik des westlichen Kapitalismus und Antisowjetismus bedrohliche *Kriegskräfte* in sich birgt, ohne bewußt auf einen *Angriff* auszugehen, so wie ja auch die Westmächte der Sowjetunion im allgemeinen zubilligen, daß sie keinen Krieg beabsichtige, und dennoch überzeugt sind, daß ihre weltpolitische Haltung die *Gefahr* eines Krieges heraufbeschworen habe. In ähnlicher Weise ist auch die amerikanisch-westeuropäische Militärallianz, die in der Bildung begriffen ist, nicht sowohl nach den Verteidigungsabsichten ihrer Schöpfer zu beurteilen als nach der Tatsache, daß sie das Werkzeug

einer Politik zu werden bestimmt ist, die mit Explosivstoffen vollgeladen ist, und der es angesichts einer langjährigen entsprechenden Vorbereitung der Geister nicht schwer fallen kann, in einer bestimmten Lage — sagen wir einen Präventivkrieg als einen heiligen Verteidigungskrieg auszugeben. Neuerdings hat übrigens auch Thomas Dewey, der mutmaßliche nächste Präsident der Vereinigten Staaten, vorgeschlagen, «den Marshall-Plan zur Schaffung einer europäischen Föderation zu verwenden und dadurch ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu errichten». Das klingt für amerikanische Ohren durchaus harmlos, und doch hat der «New Statesman» recht, wenn er schreibt: «Sollten die Amerikaner weiterhin glauben, daß das freie Unternehmertum die einzige wirtschaftliche Grundlage für eine europäische Föderation ist, so werden sie nicht nur den Westbund zerstören, sondern die Demokratie selbst in jedem Lande Westeuropas, eingeschlossen Deutschland.»

Kann man es aber den Russen unter solchen Umständen so sehr verargen, daß sie wenigstens *Ostdeutschland*, mit Berlin als Zentrum, den gefährlichen Strömungen zu entziehen trachten, die vom Atlantik her immer stärker in den Kontinent einbrechen? Wir mögen das Diktaturregiment, das auf politischem Boden in der Sowjetzone herrscht, noch so sehr ablehnen — auf einer Reihe von andern Gebieten hebt sich das russisch besetzte Deutschland dennoch vorteilhaft von den deutschen Westzonen ab. Das geht auch aus einem Bericht hervor, den Alfred Joachim Fischer, ein in London lebender und der Labourpartei angehörender Journalist, in der «Roten Revue» (September 1948) erstattet. Während in Westdeutschland, so sagt er, Kapitalismus und Nazismus noch keinswegs gebrochen seien, werde ihnen in der Ostzone planmäßig der Boden entzogen:

«Alle Kriegsfabriken der IG-Fabriken wurden abgetakelt, die übrigen entweder für Reparationen benutzt oder zu öffentlichem Eigentum erklärt. In der amerikanischen Zone hat der IG-Trust noch 87 Fabriken, in der englischen 89 und in der kleinen französischen immerhin 20. Von den Russen wird leichte Industrie bevorzugt. Kohle, Gas und Energie liegen vollkommen in öffentlicher Hand. Aber auch jene Schlüsselindustrien, die deutsche Kriege ermöglichten und Hitler finanzierten, sind heute fast ausschließlich volks- und landeseigen.

... An der Spitze von vier Fünfteln aller volks- und landeseigenen Unternehmungen stehen ehemalige Lohnempfänger. Ein Bergarbeiter leitet den wichtigen Zwickauer Kohlenbergbau, ein Metallarbeiter (mit 12 Jahren KZ) Sachsens führende Metallfabrik usw. Von der Belegschaft gewählte Betriebsräte sind vollkommen kontrollberechtigt. Dadurch hat der Arbeiter hundertprozentige Mitbestimmung am Werk, einschließlich Entlassungen, was sich auf die allgemeine Moral günstig auswirkt. Volks- und landeseigene Betriebe werfen 10 Prozent des Gewinnes in soziale Fonds, die Urlaubsheimen und andern ähnlichen Zwecken zugute kommen.

... In der Ostzone allein wagen sich Faschismus, Neofaschismus und Antisemitismus nicht hervor. Es gibt keine Lager für Displaced Persons, und überlebende Juden haben das Gefühl wirklichen Schutzes. Ihrer Auswanderung nach Palästina sind heute keine Schranken mehr gesetzt. Die Entnazifizierungen sind nunmehr abgeschlossen worden. Wie ich mich immer wieder überzeugen konnte, sind sie mit Gründlichkeit durchgeführt worden.

... In Ostdeutschland wurden insgesamt 12 355 Güter von Junkern, Kriegsverbrechern, Naziführern usw. aufgeteilt. Sie hatten eine Fläche von 750 000 Morgen. 500 000 Familien konnten dadurch bedacht bzw. angesiedelt werden. Viele arme Bauern erhielten einen Landzuschuß, der zwischen 5 bis 12 Morgen liegt. Wie die ins Volkseigentum übergegangenen Betriebe das Kernstück der industriellen Produktion bilden, so sind die Neubauern landwirtschaftliche Hauptlieferanten. Schon heute kann man sagen, daß sich das Experiment rentiert.»

Über solche Tatsachen kann man nicht einfach mit ein paar billigen Redensarten hinweggehen; sie lassen die Bedeutung des russisch-kommunistischen Vordringens gegen Mittel- und Westeuropa nur um so schärfer hervortreten und stellen die westliche Welt immer wieder vor das Problem, auf welche Art die mit diesem Vordringen verbundenen Gefahren für so wesentliche Bestandteile unserer Kultur, wie es der Rechtsstaat und die politische Demokratie sind, abgewehrt werden können, ohne daß es zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommt, und ohne daß die Abwehr überhaupt mit den Methoden der Machtpolitik erfolgt, die früher oder später notwendigerweise zum Krieg führen.

Krieg — keine Lösung Denn daß Machtpolitik und Krieg *keine* Lösung der Kommunismusfrage bringen können, auch keine bloß vorläufige, sollte nachgerade jedem denkenden Beobachter klar sein. Der Krieg hat nicht einmal eine Lösung der Faschismusfrage gebracht, obschon der Fall Deutschland-Italien-Japan viel einfacher lag, als der Fall Sowjetunion heute liegt; er hat die *Ursachen* des Faschismus bei weitem nicht aus der Welt zu schaffen vermocht, ja sie aus der kapitalistischen Welt gar nicht wegschaffen *wollen* und damit die Gefahr eines militanten Neufaschismus — neben dem in einer Reihe von Ländern weiterbestehenden Altfaschismus — für Deutschland, Frankreich und Italien, vielleicht auch für Japan, bedenklich nahegerückt, nicht zu reden von den andern furchtbaren Problemen, Verwicklungen und Übeln, die der Krieg neu erzeugt hat. Noch viel weniger wäre ein Krieg oder auch nur ein «kaltes» Auftrumpfen mit militärischen Machtmitteln, hinter dem ja, wenn es nicht einfach Bluff sein soll, immer die Entschlossenheit zu ihrer *kriegerischen* Anwendung stehen muß, imstande, die Drohung des Kommunismus abzuwehren oder die Sowjetunion mattzusetzen. Und doch steht ein großer Teil der Welt ganz im Banne dieser Vorstellung, und zwar nicht bloß die bürgerlich-kapitalistische Welt, sondern weithin auch die amerikanisch-europäische Arbeiterschaft, ja sogar eine Gruppe ehemaliger Pazifisten und Antimilitaristen. John Middleton Murry zum Beispiel — um nur diesen einen zu nennen —, der lange Zeit einer der ersten Wortführer der christlich geprägten radikalen Kriegsgegner Englands war, bekennt sich jetzt in völligem Ernst zu der Auffassung, daß die demokratischen Mächte (oder die

Vereinigten Nationen) durch einen Atomkrieg die Sowjetunion zum Anschluß an ihr Weltsystem zwingen müßten, falls diese nicht, auf ein entsprechendes Ultimatum hin, den «freiwilligen» Anschluß vorziehe. Mit Recht erwiderte ihm A. J. Muste, der Sekretär des amerikanischen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, in den «Peace News»:

«Es scheint mir trügerisch-graue Theorie zu sein, daß, was waffenlose Liebe nicht fertig bringe, mit Atombomben bewaffnete Liebe zu leisten vermöge. Eine der Grundursachen unseres verzweifelten Zustandes scheint mir tatsächlich darin zu liegen, daß alles Gerede von Liebe, Christentum und Opfer für die Russen nur Hohn ist in einer Welt, in der die angeblichen Nachfolger Jesu die Atombomben haben und glauben, ihre Überlegenheit auf diesem Gebiete verbürge Sicherheit und den Triumph des Rechtes auf Erden.»

Aber nicht allein das; auch vom weltlich-politischen Standpunkt aus wäre ein Krieg der Westmächte gegen die Sowjetunion ein Abenteuer, das an Tollheit grenzte. Rußland könnte ja höchstens durch einen eigentlichen Blitzkrieg, der in wenigen Tagen zum Ziel führte, besiegt werden, und das ist bei der ungeheuren Weite des russischen Raumes, der noch jedem Angreifer zum Verhängnis geworden ist, auch unter Anwendung von Atom- und Raketenbomben, Bakterien, Giften usw. nicht sehr wahrscheinlich, zumal die Möglichkeit einer russischen Gegenwirkung mit gewissen auch der Sowjetunion zu Gebote stehenden Geheimwaffen nicht auszuschließen ist.

Dazu kommt, daß die russischen Armeen vermutlich ziemlich rasch Westeuropa zu überrennen vermöchten, ohne daß gegen sie *hier* Atombomben und dergleichen eingesetzt werden könnten, während anderseits der Bürgerkrieg, den ein Krieg der Westmächte gegen Rußland in verschiedenen Ländern entfesseln müßte, die Schlagkraft der alliierten Armeen von innen her schwer beeinträchtigen würde. Nicht einmal die englischen Arbeiter, die ja, zusammen mit den holländischen, im Jahre 1920 schon einmal einen Krieg gegen die Sowjetunion verhindert haben, scheinen in einem solchen Fall zuverlässig zu sein; wenigstens hat der gegenwärtige Präsident des Britischen Gewerkschaftsbundes, der Bergarbeiterführer Will Lawther, erst vor kurzem wiederholt, was er bereits letztes Jahr im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges mit der Sowjetunion gesagt hatte: «daß kein britischer Bergarbeiter oder sonst ein gewissenhafter Arbeiter irgendwelches Material für einen solchen Krieg herstellen würde.» (Nebenbei: kein einziges Schweizer Blatt hat von dieser Erklärung seinen Lesern Kenntnis gegeben, obwohl sie einer Reihe von Blättern übermittelt worden ist.)

Und erst die französischen oder italienischen Arbeiter, die so stark kommunistisch-linkssozialistisch eingestellt sind! Wie entschlossen insbesondere in *Frankreich* die Haltung der radikal gestimmten Arbeiter- und Angestelltenschaft ist, zeigen die Ereignisse der letzten Wochen aufs neue sehr klar: keine Regierung vermag die Wirtschaft auf Kosten

der Arbeiter- und Verbrauchermassen zu «sanieren»; die gegen die fortschreitende Teuerung gerichteten Streikbewegungen werden trotz allen Quertreibereien stramm durchgeführt; und wenn die Rechte von Neuwahlen eine Stärkung ihrer Machtstellung erhofft, so scheint die Gemeinderatswahl in Romilly sur Seine, die durch die Absetzung des kommunistischen Bürgermeisters erzwungen worden war, das Gegenteil zu beweisen, konnten doch die Kommunisten ihre Stimmenzahl gegenüber dem Oktober 1947 von 40 auf 48 Prozent steigern, während die Gaullisten von 39,6 auf 37 Prozent und die Sozialisten von 20 auf 15 Prozent zurückfielen. Die eher zurückhaltende Außenpolitik Frankreichs, die sich jeweilen nur zögernd dem amerikanischen Draufgängertum anschließt, spiegelt die gefahrvolle Lage, der sich das Land bei einer auswärtigen Verwicklung auch im Innern gegenübersähe, nur zu deutlich wider.

Auf jeden Fall gilt: ein Krieg wäre nicht imstande, dem Kommunismus Halt zu gebieten. Wie der Kommunismus schon in seiner bisherigen Gestalt großenteils ein Kriegsprodukt ist, so würde ein Versuch, die Sowjetunion mit Waffengewalt auf die Knie zu zwingen, nur ein derartiges Chaos in Europa anrichten, daß die Flucht in irgendeine totale Diktatur, zuletzt in den Kommunismus als Träger der fälligen sozialen Revolution, den Völkern als das einzige Mittel zu dessen Bändigung erschiene. Ja, schon die *Rüstung* zum Krieg droht mehr und mehr zur wirtschaftlichen und politischen Zerrüttung zu führen. Der «New Statesman» spricht das recht bestimmt aus:

«Wenn wir uns durch Kriegsfurcht die Wirtschaft ruinieren lassen, zum Verhängnis für jene wirtschaftliche Unabhängigkeit, die wir mit der Annahme der Marshall-Hilfe erklärtermaßen anstrebten, dann begeben wir uns jeglichen Einflusses und werden lediglich ein vorgeschobener Satellit, ein unversenkbarer Flugzeugträger für amerikanische Bomber ... Die Europahilfe bleibt, nachdem die amerikanische Bundesversammlung sie so drastisch beschnitten hat, ohnehin bereits unter dem Mindestmaß dessen, was für einen vollen Wiederaufbau Europas nötig ist. Zugunsten schwer mitgenommener Länder wie Frankreich und Deutschland hat sich Großbritannien mit Recht bereit erklärt, auf den vollen Unterstützungsbetrag zu verzichten, der ihm ursprünglich zugesprochen worden war. Und die letztwöchige ermutigende Rede von Sir Stafford Cripps über den Erfolg der Produktions- und Ausfuhrsteigerung wird zum vollkommenen Unsinn gemacht, wenn die Regierung einmal den Grundsatz annimmt, daß die Aufrüstung — auch in ihrem gegenwärtigen beschränkten Umfang — aus der Europahilfe bezahlt werden soll ... Aufrüstung mag vom amerikanischen Standpunkt aus ein wirksames Mittel sein, um die Niederwerfung Rußlands vorzubereiten, aber sie ist auch ein sicherer Weg, um den Kommunismus in Europa zu stärken, wenn sie auf Kosten der wirtschaftlichen Erholung geschehen soll ... Ein friedlich-demokratisches Großbritannien, das sich, wenn auch langsam, zum Sozialismus hin entwickelt, ist eine weit bessere Sicherung gegen den Kommunismus als amerikanische Dollars oder Atombomben. Eine Aufrüstung großen Stiles würde nicht nur unser Land in völlige Abhängigkeit von Amerika bringen, sondern auch seine Fähigkeit, das weitere Vordringen des Kommunismus von Osteuropa her zu hemmen, gänzlich zerstören. Wenn wir einmal einen heißen Krieg gegen Rußland als unvermeidlich ansehen, werden wir zweifellos den kalten Krieg gegen den Kommunismus verlieren.»

Eine alte Antwort auf eine neue Frage

Der vulgäre Antikommunismus, der hinter den Kriegsrüstungen der bürgerlich-kapitalistischen Welt steht, ist aber nicht allein denkbar zweckwidrig; er ist vor allem *grundsätzlich* vollkommen fehlgerichtet. Die Frage ist ja nicht: Wie gefährlich und verabscheuungswürdig ist der Kommunismus? (Wobei der Kommunismus dann um so heftiger bekriegt werden müßte, je gefährlicher und verabscheuungswürdiger er erschiene.) Die Frage ist vielmehr: *Warum* konnte der Kommunismus (und mit ihm die Sowjetunion) die Gefahr für die westliche Welt werden, die er heute darstellt? Und wie kann diese Gefahr *wirksam* gebannt werden — also nicht vermittels bloßer Unterdrückung ihrer äußeren Erscheinungsformen, sondern vor allem durch Beseitigung ihrer inneren Ursachen?

Die Antwort *darauf* kennen wir alle längst. Sie ist so einfach wie schlagend und lautet immer noch: *Alles, was ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch!* Und zwar das Wort nicht bloß im Sinn einer rechnerischen Nützlichkeitsmoral verstanden, sondern in seinem tiefen, ursprünglichen, revolutionären Sinn. Ich habe diesen Sommer «Die Geschichte meines Lebens» von Lincoln *Steffens* gelesen, dem zu seiner Zeit berühmten amerikanischen Journalisten, der zu Anfang dieses Jahrhunderts die völlig unglaubliche Korruption des öffentlichen Lebens in den Vereinigten Staaten, das schamlose Zusammenspiel von Geschäftsinteressen, Verbrechertum und Behörden, als erster planmäßig aufdeckte. Auch die amerikanische Arbeiterbewegung war damals entsprechend gewalttätig; in Los Angeles zum Beispiel kam es einmal zu einem schweren Bombenanschlag aus den Reihen der revolutionären Gewerkschaften, und in den daraus entstandenen Prozeß griff Steffens selbst richtunggebend und entscheidend ein. Zum öffentlichen Ankläger gewandt, sagte er dabei unter anderm:

> «Nun, sehen Sie, Captain Fredericks, die Leute hier ringsherum, das sind Anarchisten, Sozialisten, Anhänger der Arbeiterpartei, und die glauben wie Sie an Gerechtigkeit; ich aber habe lange im Müll herumgestochert und kann Ihnen versichern, daß es in dieser Welt so übel dreinschaut, daß die Gerechtigkeit nichts mehr auszurichten vermag. Ich glaube, wir können es nur mehr mit Liebe noch zu irgend etwas bringen. Und darin besteht das Christentum. In der Lehre von der Liebe zu unseren Nächsten.»

Das ist's: die Goldene Regel auch in der Behandlung der sogenannten Gesellschaftsfeinde. Auch der *heutigen «Gesellschaftsfeinde»*, Gewaltrevolutionäre und Terroristen! Habt ihr braven Bürger und Freiheitskämpfer es damit wirklich schon einmal in ganzem Ernst versucht? Ihr wollt, daß die Sowjetrussen und die andern Kommunisten an ein ewiges Menschenrecht, an eine absolute Wahrheit, an Freiheit und Brüderlichkeit glauben und danach handeln? So glaubet doch erst selber einmal daran und *beweiset* euren Glauben durch eure Werke! Schaffet einmal unter euch selber, in eurem eigenen Machtbereich, Ge-

meinschaftsordnungen, die auf Recht und Gerechtigkeit statt auf wirtschaftlichem Unrecht und sozialer Gewalttätigkeit beruhen, auf der Freiheit und Würde des Menschen statt auf seiner täglichen Knechtung und Entwürdigung, auf gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit statt auf rücksichtsloser Konkurrenz und dem Kampf aller gegen alle (genannt «freie Marktwirtschaft»), auf Brüderlichkeit und Edelsinn statt auf Ausbeutung und Genußstreben — und ihr werdet erleben, wie der Kommunismus seine Anziehungskraft unwiederbringlich verliert! Dann werdet ihr ein Auge für die Tatsache bekommen, daß der Kommunismus das natürliche Kind eines Geschlechtes ist, das sich an Egoismus und Materialismus, an Geld- und Kriegsgeist hin verloren hat wie noch kaum ein anderes zuvor. Dann wird euch die Lust vergehen, euch moralisch über den Kommunismus zu entrüsten und in verblendeter Selbstgerechtigkeit die durch und durch verfaulte und gottlose Zivilisation des kapitalistischen Westens (deren Gestank wir gar nicht mehr spüren, so sehr haben wir uns schon daran gewöhnt!) als der sich mühsam durchringenden neuen Gesellschaft der Ostländer unendlich überlegen zu erklären. Dann wird es euch bewußt werden, daß der Kommunismus vor allem eine beständige Herausforderung an die demokratische und besonders an die christliche Welt ist, ihrem Lippenbekenntnis auch nachzuleben, und erst von hier aus eine Drohung, das, was die Demokraten und Christen *nicht* tun wollen, auf undemokratische und weltliche Art zu tun. Ihr werdet wieder die alte, einfache Wahrheit erkennen, daß *falsche* Revolution immer nur dort versucht wird, wo die *rechte* Revolution schuldhaft versäumt wurde, und werdet die ganze Leidenschaft, die ihr jetzt auf die Anprangerung der Sünden des Bolschewismus verwendet, fürderhin an die Revolutionierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft rücken — mit dem Erfolg, daß ihr damit gleichsam nebenbei auch den Kommunismus aus der Welt schaffen helfet.

Wollen wir lernen? Daß der Kommunismus immer nur dann aufkommt, «wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, wenn unerträglich wird die Last», ist allmählich so sehr zur Binsenwahrheit geworden, daß man nur ungern an die geschichtlichen Tatsachen erinnert, die sie erhärten. In *Rußland* selbst wäre der Kommunismus niemals möglich geworden ohne den jahrhundertelangen feudal-zaristischen Absolutismus zuerst und dann die gegenrevolutionären Kriege und Kriegsdrohungen der Außenwelt gegen die junge Sowjetrepublik. Und wenn auch im nichtsowjetischen *Asien* und in *Afrika* die Freiheitsbewegung der unterdrückten und ausgesogenen Völkermassen mehr und mehr kommunistische Formen annimmt, so ebenfalls vor allem als Gegenwirkung gegen einen jahrtausendealten Feudaldespotismus, dem sich, seine Unmenschlichkeit

noch überbietend, in neuerer Zeit der europäisch-amerikanische Kolonialkapitalismus und Imperialismus zugesellt hat[1].

Ähnliches gilt von den vielgeschmähten Volksrepubliken *Osteuropas*, die — mit Ausnahme der Tschechoslowakei, die einen Sonderfall darstellt — ihre wirtschaftliche und soziale Revolution auf dem Hintergrunde des primitiven Feudalkapitalismus vollziehen, dessen Nutznießer jede *friedliche* Umgestaltung der Gesellschafts- und Staatsverfassung bis zu allerletzt hintertrieben haben und sie auch jetzt noch, zum Teil mit Hilfe der Westmächte und kurzsichtiger «Demokraten», rückgängig zu machen suchen.

Und es gilt schließlich auch von *Westeuropa*, ja sogar, wer weiß, von Nord- und Südamerika. Wo immer die Demokratie im Kampf gegen den Kapitalismus versagt, da tritt der Kommunismus auf den Plan und erbietet sich, die Revolution auf *seine* Weise zu machen. Die Zwangsläufigkeit dieses Vorgangs bleibt den meisten Menschen solange verdeckt, als der Kapitalismus — wie zurzeit in Amerika, der Schweiz, Holland usw. — erfolgreich ist und man den Kommunismus, sei es durch das Monopol der «Volksaufklärung», das die besitzenden Klassen in Händen haben, sei es durch polizeilich-militärische «Ordnungsmaßnahmen» scheinbar niederhalten kann. Sobald aber der Kapitalismus zu wanken beginnt und nicht rasch und tatkräftig ein sozialistischer Neuaufbau an die Hand genommen wird, versagt diese Methode der Konservierung des Alten und will das Neue in Gestalt des Kommunismus kommen.

So war es im *Deutschland* der Weimarer Republik, das 14 Jahre Zeit gehabt hat, um den Sozialismus demokratisch zu begründen und diese entscheidenden Jahre sträflich vertrödelt hat, mit dem Ergebnis, daß es zuerst den Nazismus bekam und dann jetzt in Ostdeutschland den Kommunismus, während man in Westdeutschland dem Kommunismus ohnmächtig-verständnislos flucht und entweder, wie die Sozialdemokratie, den Weimarer Sozialpatriotismus wieder aufwärmt, oder aber sich einbildet, es noch einmal mit der «freien Wirtschaft» unter amerikanischem Patronat machen zu können. In *Frankreich* und *Italien* bildet man sich das auch noch ein — entschlossen, zur offenen Diktatur zu greifen, wenn es «demokratisch» nicht mehr gehen sollte. *England* hat unter der Labourregierung den anderen, besseren Weg beschritten und mit der friedlichen Revolutionierung seiner Wirtschafts- und Sozialordnung, in der es begriffen ist, den Kommunismus tatsächlich in engsten Schranken zu halten vermocht. Auch in *Schwe-*

---

[1] Bezeichnend dafür ist die jüngste Entwicklung in *Indonesien*, dessen Freiheitsbewegung bisher ausgesprochen demokratisch-sozialistischen Charakter trug, wo es aber die Holländer jetzt glücklich fertiggebracht haben, daß die Führung der Bewegung zum Teil in kommunistische Hände überging. Mit der Wirkung, daß sich die Holländer prompt erboten, der Indonesischen Republik die «Sendlinge Moskaus» mit starker Hand ausrotten zu helfen . . .

den behauptet sich der demokratische Sozialismus, wie die jüngsten Wahlen gezeigt haben, trotz etlichen Einbußen an die Rechte erstaunlich gut — nicht nur weil die gegenwärtige Wirtschaftsblüte dem Kommunismus nicht förderlich ist, sondern vor allem darum, weil eine soziale Planwirtschaft, verbunden mit ausgedehnten Werken der Volkswohlfahrt, gewaltrevolutionäre Bewegungen als sinnlos erscheinen läßt.

Das ist grundsätzlich die gute Methode: herzhaftes Anpacken des radikalen Umbaus von Wirtschaft und Staat, der als *die* vordringliche gesellschaftlich-politische Aufgabe unserer Zeit erkannt wird. Wehe, wenn wir als diese Aufgabe den Kampf gegen den *Kommunismus* als solchen, als isolierte Erscheinung ansähen, wenn wir wähnten, das kapitalistische Regime mit seiner ganzen krisen- und kriegsgeladenen Dynamik «einstweilen» bestehen lassen oder doch nur als zweitrangigen Gegner bekämpfen zu können, dem wir nachher, wenn der «Weltfeind Nr. 1» erledigt sei, um so kräftiger auf den Leib rücken würden! *Dieser* Weg führt unausweichlich an die Seite der Gegenrevolution und des Faschismus, der am unbeschwertesten und folgerichtigsten den Kommunismus mit körperlichen Gewaltmitteln auszurotten trachtet, ohne die Übel ausrotten zu wollen, die den Kommunismus groß gemacht haben. Und wenn auf solche Art je der Kommunismus «erledigt» werden könnte, so wäre damit auch der demokratische Sozialismus, ja die Demokratie überhaupt auf lange hinaus erledigt.

Einem lebensnahen Christentum, das immer auf echte Aktualität aus sein muß, sollte es besonders leicht fallen, den *falschen* Weg der Kommunismusbekämpfung zu vermeiden. Es müßte einen besonders geschärften Sinn für die *revolutionäre* Kraft im Kommunismus haben und sie da, wo sie irregeht, auf das rechte Ziel hin zu lenken streben. Es gehört zur Größe *Nikolaj Berdiajews*, daß er diesen Sinn und dieses Streben in ganz ausgeprägtem Maß hatte. In einer nachgelassenen kleinen Arbeit über «Die Wandlung des Marxismus in Rußland» (vgl. «Esprit» Nr. 8, 1948) zeigt er wiederum ebenso fein wie anschaulich, wie im modernen Kommunismus das messianisch-revolutionäre und im guten Sinne totalitäre, das ganze Leben erfassende Element, das von Anfang im Marxismus lag, mit Macht durchgebrochen ist, und zwar paradoxerweise gerade in dem zurückgebliebenen Rußland, das nach der Dogmatik der marxistischen Epigonen eine soziale Revolution gar nicht machen *konnte*, weil doch zuerst der Kapitalismus durchlaufen werden müsse, bevor man an den Sozialismus herangehen dürfe. «In rückständigen Ländern», so schreibt Berdiajew, «kann eben das proletarische Bewußtsein einer Handvoll ‚Marxisten' fortgeschrittener sein als in weiter entwickelten Ländern, die in bürgerlich-kapitalistischen Formen erstarrt sind, bis hin zu völliger geschichtlicher Bewegungslosigkeit ... Man erkannte, daß nach Rußland der Kommunismus auch in Indien, China, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn,

lauter Agrarländern, aufs leichteste Gestalt annehmen konnte. Das ist eine der Grundlagen für die Bildung des Ostblocks.»

Dieser kommunistische Revolutionswille verband sich nun aber, wie wir wissen, mit einer Welt- und Lebensanschauung, die in seltsamer Verirrung die Selbsttätigkeit der Materie zum Götzen erhob. «Die Eigentümlichkeiten des Geistes: Freiheit, Vernunft, schöpferische Tätigkeit werden ins Innere der Materie verlegt. Die Grundidee der sowjetischen Philosophie ist die Idee der Eigenbewegung (der Materie) ... Die Materie empfängt ein tätiges Innenleben.» Und so wird denn die kommunistische Revolution auch scheinbar ganz logisch-rational erklärt: «In Rußland hat sich eine ‚Eigenbewegung' vollzogen. Die Freiheit und Tätigkeit, die im Innern der Materie walten, haben eine kommunistische Revolution bewirkt — der (wirtschaftlichen) Notwendigkeit zum Trotz, die von außen her wirkt.» So weit aber auch der «soziale Titanismus», der auf diese Art vom russischen Marxismus Besitz genommen hat, von der christlichen Wahrheit wegführt, so hoffnungsvolle Ansätze sieht Berdiajew in der heutigen russischen Geisteslage für einen echten, tief gegründeten Humanismus:

«Rußland wird nicht zu einer kapitalistischen Ordnung zurückkehren. In seinem Schoß bleibt eine sozialistische (nicht kommunistisch-totalitäre) Ordnung bestehen. Seine politische Organisation wird zweifellos nicht demokratisch im westlichen Sinn dieses Wortes sein und ein Räteprinzip behalten, das sich bisher infolge der Parteidiktatur nicht hat verwirklichen können. Aber wir müssen hoffen, daß die Freiheit des Geistes errungen werden kann, was sich in bezug auf die Kirche bereits angebahnt hat, und daß sich die Rechte des Menschen als eines freien Geistwesens und nicht als Sklaven der Gesellschaft und des Wirtschaftsablaufes durchsetzen werden.

Der Marxismus, der als Gesamtlehre alle Welt langweilt, wie das einst der Katechismus getan hat, wird schließlich verschwinden und nicht mehr diese Rolle einer Theologie spielen. Von Marx wird dann dieses bleiben: Er hat in allem die Tätigkeit des Menschen gesehen und ihn von der Macht einer objektiven Wirtschaftswelt mit ihren sogenannten unveränderlichen Gesetzen frei machen wollen. Der Materialismus als rückschrittliche Philosophie, die nur noch den Ewiggestrigen teuer ist, wird verschwinden, und man muß wünschen, daß ein neuer Humanismus einen Bund mit einem christlichen Humanismus eingehen werde.»

Verantwortungen Ich wollte gerade *diese* Stimme zu Gehör bringen, um anzudeuten, was von einem Rußland zu erwarten ist, *das nicht mehr*, wie nun schon seit einem vollen Menschenalter, *in der Furcht vor einem äußeren Angriff leben muß.* Daß diese Furcht selber zur Kriegsgefahr geworden ist, habe ich immer wieder ausgesprochen: sie droht in der Tat zur Ausrichtung der ganzen russischen Politik auf «den kommenden Krieg» und zur Unterordnung aller ihrer Bewegungen unter die «strategischen Notwendigkeiten» zu führen. Wie «Esprit», sich an die Kommunisten wendend, so gut sagt:

«Wenn der Funken zwischen Amerika und der USSR aufzuspringen droht, so kann der europäische Sozialismus — oder Kommunismus — den Strom abstellen, statt schon beim Gedanken an den Brand den Kopf zu verlieren und ihn gerade

durch Kopflosigkeit herbeizuführen. Die USSR *vor* dem Krieg zu retten ist viel mehr als sie *im* Krieg zu retten: man rettet sie damit vor jenen Verhärtungen, von denen ihr selbst, um sie zu entschuldigen, anerkennt, daß sie die Folge des bewaffneten Friedens sind.

... Wie wollt ihr, daß die sozialistische Revolution, wenn sie sich in das Kriegsspiel hineinzwingen läßt, nicht alle Giftstoffe dieses schmutzigen Völkerverderbers in sich aufnimmt und von ihnen allmählich verseucht wird? Man klagt euch der Lüge an, weil ihr Kommunisten oder Dialektiker seid. Ihr wißt, daß das falsch ist, und daß der rechte Gebrauch der Dialektik ein Mittel darstellt, um die Wahrheit besser zu erfassen, nicht um sie zu verschleiern. Aber ihr lügt, weil der Krieg seit Odysseus List, Falschspielerei, Betrug ist und ihr, schweren Herzens zwar, aber eben doch, euch mit ihm abfindet.»

Das ist sehr wahr. Krieg — Bürgerkrieg wie Völkerkrieg — und die Vorbereitung darauf ist einfach Gift für den Sozialismus, und er wird daran zugrunde gehen, wenn er es nicht zu meiden oder rechtzeitig auszuscheiden weiß. Hier liegt die große Verantwortlichkeit der Sowjetunion. Aber noch größer ist in unseren Augen die Verantwortlichkeit der bürgerlich-kapitalistischen Welt, welche die Sowjetunion erst in ihr heutiges tiefes Mißtrauen gegen den Westen hineingedrängt und sie so dazu gebracht hat, alles unter dem Gesichtspunkte der Gewinnung der besten Ausgangsstellungen für den Kriegsfall anzusehen. Gerade zur rechten Zeit mahnt der «New Statesman», Bevins UNO-Rede gegen Rußland kommentierend, die Westmächte, doch auch einmal bei sich selber Einkehr zu halten, statt immer nur die Sowjetunion des mangelnden Willens zur Zusammenarbeit zu beschuldigen:

«Die Lehre, daß die imperialistischen Mächte bei jeder Gelegenheit gegen Rußland arbeiten und intrigieren, und daß Rußland seine Gegenmaßnahmen ergreifen müsse, ist in Moskau stets als selbstverständlich angenommen worden. Aber es hat in der Sowjetunion auch immer zwei Richtungen in bezug auf den rechten Weg zur Bekämpfung dieser Bedrohung gegeben. Der Mißerfolg der revolutionären Richtung nach dem ersten Krieg führte zu jener Periode der taktischen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit der übrigen Welt, die nach westlicher Auffassung durch Männer wie Litwinow und Maisky vertreten wurde. Diese Politik wurde bis München verfolgt, und *es waren die Alliierten, die damals die Zusammenarbeit mit Rußland ablehnten.* Wie weit die Sowjetunion zu gehen bereit war in ihrem Streben, einen Krieg zu vermeiden, wissen wir aus den Dokumenten, die über die russisch-deutschen Beziehungen zwischen 1939 und 1941 veröffentlicht worden sind.

Seit 1945 haben die beiden Richtungen in Rußland neuerdings bestanden, und das Ziel derjenigen, die den Frieden wünschen, hätte immer darin liegen sollen, den weniger doktrinären, den vorsichtigeren Sowjetführern zu helfen, mit den unbelehrbaren Extremisten fertig zu werden, die einen Krieg als unvermeidlich ansehen. Die Sowjetunion kann nie an Freundschaft mit dem Westen glauben; sie kann aber — und hat es auch getan — glauben, daß es möglich sei, einen Krieg zu vermeiden und der Welt zu beweisen, daß der Sowjetkommunismus den westlichen Kapitalismus überleben werde, der, marxistisch gesprochen, den Keim seiner eigenen Zersetzung in sich berge.

Im Lauf seiner Bemühung, zu zeigen, daß er ebensogut debattieren könne wie Wyschinski, ging Bevin so weit, daß er sagte, wenn ein Krieg kommen sollte, werde die Verantwortung dafür gänzlich auf die Sowjetunion fallen. Er hätte aber gerechterweise daran erinnern sollen, daß bei Kriegsende, trotz der Bereitschaft der amerikanischen Regierung und ihres Volkes zu einer Verständigung mit Rußland, *einige*

amerikanische Generäle bereits von einem kommenden Zusammenstoß mit der Sowjetunion sprachen und sogar verlangten, daß dieser Zusammenstoß sofort herbeigeführt werde, solange Amerika noch voll gerüstet sei. Die Wirkung, die die ausschließliche Besetzung Japans und die Beschlagnahme der Bombardierungsstützpunkte im Stillen Ozean durch Amerika, die Truman-Doktrin und die sowjetfeindliche Propaganda in der amerikanischen Presse auf Rußland hatte, hat dann diejenigen Elemente in der Sowjetunion gestärkt, die glaubten, daß der amerikanische Imperialismus sicher zum Kriege gegen Rußland schreiten werde. Gleichzeitig ließ sich die Sowjetunion auf eine herausfordernde Politik ein, die Amerika noch mehr auf den Weg eines kriegerischen Imperialismus drängte, der bei einer vorsichtigeren Sowjetpolitik zu seiner Entwicklung vielleicht zwanzig Jahre gebraucht hätte. Die besondere Torheit der russischen Politik ist es eben gewesen, daß sie das große Kapital guten Willens verschleudert hat, das sich Rußland während des Krieges verdient hatte, und zwar nicht nur in Europa, sondern auch in Großbritannien und sogar in den Vereinigten Staaten.

... Die Russen glauben zweifellos, daß sie jetzt die Verteidigung ihres Landes gegen einen amerikanischen Angriff vorzubereiten im Begriffe stehen. Bevin und Marshall befassen sich damit, die Ausbreitung des Kommunismus zu hemmen. Dieser Kommunismus ist aber, wenn er auch von Moskau geleitet wird, so doch nicht von den Sowjets geschaffen worden. Er entsteht aus den örtlichen Verhältnissen und aus einem Haß gegen den Kapitalismus, der in jedem Fall aufgekommen wäre, auch wenn Moskau ihn nicht ausbeuten würde. Die einzige Politik, die imstande ist, einen Krieg abzuwenden, besteht deshalb darin, *die Teilung der Welt in Einflußzonen hinzunehmen*, in unserer eigenen Zone die Wirtschaft zur Blüte zu bringen und Moskau zu überzeugen, daß die westliche Welt zwar sich verteidigen würde, falls sie unwahrscheinlicherweise von der Sowjetunion angegriffen würde, daß wir aber bereit sind, als unglückliche Notwendigkeit das Bestehen zweier Welten hinzunehmen, in der Meinung, daß jede von beiden das Recht haben solle, in ihrer Art Eingriffe des anderen Teiles in seine Zone zurückzuweisen. Wenn ein derartiges zeitweiliges Gleichgewicht hergestellt wird, so werden die notwendige Entwicklung des Handels zwischen der kommunistischen und der übrigen Welt sowie die Vorteile von praktischen Vereinbarungen dort, wo sich die Ränder der beiden Zonen überschneiden, vielleicht stufenweise zu weiteren praktischen Vereinbarungen führen und in Rußland die Überzeugung erwecken, daß die unvermeidlichen Reibungen zwischen den beiden Systemen keineswegs auch einen dritten Weltkrieg in sich bergen müssen.» (Hervorhebungen von mir. H. K.)

Würden die Westmächte in *diesem* Geist mit den Russen verkehren, sie kämen gar bald zu einer Verständigung mit ihnen. Sie würden es dann insbesondere auch verschmähen, die von den Sowjetvertretern der UNO unterbreiteten *Abrüstungsanträge* einfach als zynisches Betrugsmanöver abzutun, das einzig dazu bestimmt sei, die im besten Zug befindlichen westlichen Kriegsvorbereitungen zu durchkreuzen und es Rußland zu erleichtern, mit der eigenen, unkontrollierbaren Vollrüstung über die anderen herzufallen. Und sie würden auch aufhören, die Sowjetunion mit der entscheidenden Verantwortung für das Scheitern der Bemühungen um die Ausschaltung des *Atomkrieges* zu belasten, die eigene Weigerung, den Trumpf des Atombombenmonopols aus der Hand zu geben, hingegen als selbstverständliche Sicherheitsmaßnahme zu erklären. Versetzen wir uns doch auch hier einmal in die Lage der Russen und fragen wir uns — wiederum im Geiste der Goldenen Regel —, was geschehen wäre, wenn es im Verlaufe des

zweiten Weltkrieges der *Sowjetunion* gelungen wäre, Atombomben herzustellen, und wenn sie, ohne ihren amerikanischen Verbündeten vorher das geringste anzudeuten, ein paar solcher Bomben auf *Berlin* abgeworfen hätte — mit einem unverhohlenen Seitenblick auf die Vereinigten Staaten, denen damit eine «heilsame Warnung» gegeben worden wäre. Hätte das in Amerika — und anderwärts — nicht eine heftige moralische Erschütterung und stärkstes Mißtrauen gegenüber den Absichten der Sowjetunion erzeugt? Und wäre dieses Mißtrauen etwa geringer geworden, wenn Rußland versprochen hätte, seine Vorräte an Atombomben, die es inzwischen sicherheitshalber dauernd vermehren würde, irgendwann später einmal zu zerstören, sofern sich Amerika bis dahin einer umfassenden Inspektion seiner Kriegsmaterialproduktion unterzogen hätte — durch eine Kommission, in welcher der Ostblock die Mehrheit hätte? Wäre Amerika — Hand aufs Herz! — auf einen solchen Vorschlag wirklich eingetreten? Wenn nicht, wie will es jetzt den Russen daraus einen Vorwurf machen, daß sie in der Übergangszeit bis zum Abschluß eines Weltvertrages über das Verbot der Atomwaffen — der schließlich zustande kommen oder auch nicht zustande kommen kann — den Westmächten nicht vertrauensvoll seine ganzen Rüstungsgeheimnisse preisgeben will, ihnen also nicht eine fertige Fliegerkarte für allfällige Angriffsziele ihrer Atombomberstaffeln in die Hand zu geben bereit ist? Dabei wollen wir auch noch beachten, daß Amerika, wenn wir nicht irren, nur versprochen hat, seine Atombombenvorräte und die entsprechenden Fabrikationsanlagen zu zerstören, wenn *alle* Massenvernichtungswaffen unter internationale Kontrolle gebracht seien. Da nun aber die Herstellung von Todesbakterien, Kriegsgiften und dergleichen nur schwer, wenn überhaupt, kontrollierbar ist, wäre das für die Vereinigten Staaten, wenn sie wollen, nicht ein dauernder Grund, die Zerstörung ihrer Atombombenvorräte zu verweigern?

Ich für meinen Teil halte einen Weltabrüstungsvertrag bei dem tödlichen Mißtrauen, das zwischen den beiden Mächtegruppen herrscht, auf alle absehbare Zeit für eine Utopie. Wir müssen froh sein, wenn durch eine Abgrenzung der beidseitigen Interessenzonen ein nicht durch fortwährende Krisen gestörtes vorsichtiges Nebeneinanderleben der Westmächte und der Ostgruppe möglich wird. Darüber hinaus aber gibt es kaum einen anderen Weg, um das grundsätzliche Mißtrauen zwischen Ost und West abzutragen, als die *einseitige* Durchstoßung der trennenden Mauer von der einen oder anderen Seite her, sei es durch eine radikale Wendung der inneren Politik, sei es durch eine massive nationale Abrüstung. Das würde einen solch überzeugenden Beweis für den Durchbruch der Friedenskräfte im *einen* Lager darstellen, daß im *anderen* Furcht und Argwohn schwinden müßten wie Herbstnebel vor der aufsteigenden Sonne. Eine solche Tat setzte freilich einen Glauben voraus, den heute erst kleine Gruppen

von Menschen aufbringen. Aber sollte es wirklich unnüchterne Schwärmerei sein, auf eine Ausbreitung dieses Glaubens in den Völkern zu warten (und dafür zu arbeiten!), die weit und stark genug wäre, um den Kriegsdämonen, die bereits gewonnen zu haben meinen, das Spiel dennoch zu verderben?

4. Oktober. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNG

Kirche und Volksdemokratie

Karl Barth: «Christliche Gemeinde im Wechsel der Staatsordnungen». Dokumente einer Ungarnreise. Evangelischer Verlag, Zollikon, 1948. 76 S.

Bischof *Bereczky*: «Die ungarische Christenheit im neuen ungarischen Staat». Evangelischer Verlag, Zollikon, 1948. 28 S.

Zur Urteilsbildung über Vorgänge jenseits der westöstlichen Scheidelinie sind die genannten Broschüren darum wertvoll, weil sie einmal aus der aktuellen Begegnung mit dem Problem entstanden sind, und weil zum anderen ihre Verfasser durch ihre westeuropäische Denkweise und ihre ausgesprochene, freilich ruhig und sachlich ausgesprochene Distanzierung vom Kommunismus vom Verdacht leichtfertiger Sympathie mit der russisch orientierten Politik bewahrt sein sollten!

Barth war über die Osterzeit dieses Jahres in Ungarn, hat dort gepredigt, referiert, diskutiert und nach der Rückkehr die Verbindung schriftlich aufrechterhalten. Daß Barth kein Barthianer ist, zeigt deutlich seine Rede über die heutige Jugend, ihr Erbe und ihre Verantwortung, worin er den modernen Fluchtbewegungen, geistloser Betäubung, Autoritätsgläubigkeit und Skepsis gegenüber auf die Freiheit eines Christenmenschen hinweist und eben damit Kants Appell zur rechten «Aufklärung» verbindet, «habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen».

Man spürt, daß es Barth ein Hauptanliegen war, seinen ungarischen Hörern einen festen Punkt zuzuweisen, auf welchem der Wandel der politischen Verhältnisse den Menschen nicht mehr verwirrt. Er findet diesen Punkt in der Orientierung am Christusgeschehen — dem einmaligen —, demgegenüber alle anderen Geschehnisse klein werden. Zusammenbruch aller Ordnung bedeutet dann für die christliche Gemeinde einen Aufruf, selber Buße zu tun; und Anfang neuer Gestaltung bedeutet grundsätzlich einen Aufruf, sich in guter Hoffnung zu beteiligen, ohne die innere Freiheit preiszugeben. Barth ruft die christliche Gemeinde auf, durch Gebet und Konzentration auf die Heilige Schrift die Gewißheit zu erlangen, worin eben Buße einerseits und Mitmachen anderseits bestehen.

Die in dieser Schau gesehene Gemeinde «hat selbst kein System und interessiert sich auch für keine Systeme», sie kennt nur Entscheidungen von Fall zu Fall.

Das Merkmal der Diskussion mit den ungarischen Zuhörern ist ein doppelter Appell: Erstens, man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen; zweitens, hütet euch, nicht zu früh das Pulver zu verschießen. Zusammenfassend schreibt Barth, daß ihm unter den reformierten Ungarn keine prinzipiellen Anhänger des neuen Systems begegnet seien, daß er aber auch keinen verantwortlichen Reformierten getroffen hätte, der es für christlich gehalten hätte, heute den Weg des grundsätzlichen politischen Widerstandes zu gehen.